(1) Verordnung über die Laufbahn der Assessoren im Justizdienst.


§ 1
(1) Der Assessor, der nach dem Richterwahlgesetz als Richter vorläufig angestellt ist, steht einem außerplanmäßigen Beamten gleich.

(2) Er führt die Amtsbezeichnung Gerichtsassessor.

§ 2
(1) Der Assessor, der im staatsanwaltlichen Dienst beschäftigt ist, kann nach einer Bewährungszeit im Justizdienst von mindestens 6 Monaten als Anwärter für das Amt des Staatsanwalts übernommen werden.

(2) Mit der Übernahme als Anwärter wird er außerplanmäßiger Beamter. Er führt die Amtsbezeichnung Gerichtsassessor.


§ 3
(1) Für den Widerruf des Dienstverhältnisses des Gerichtassessors im richterlichen Dienst gelten die Vorschriften des Richterwahlgesetzes.

(2) Für den Widerruf des Beamtenverhältnisses des Gerichtassessors im staatsanwaltlichen Dienst gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen.

(3) Absatz 1 und 2 gelten auch für die bei Inkrafttreten dieser Verordnung im Justizdienst stehenden Gerichtassessoren.

§ 4
(1) Der Gerichtsassessor wird einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft als Stammbehörde zugeteilt.

(2) Der Gerichtsassessor im richterlichen Dienst ist verpflichtet, bei jedem Gericht in Hessen diejenigen richterlichen Geschäfte wahrzunehmen, mit denen ein Hilfsrichter betraut werden kann.

(3) Der Gerichtsassessor im staatsanwaltlichen Dienst ist verpflichtet, bei jeder Staatsanwaltschaft in Hessen tätig zu werden.


Der Hessische Minister der Justiz und der Direktor des Landespersonalamtes

Zinn

Der Hessische Minister des Innern

Zinnkann